



EUROPA-AKTUELL

Reimer Böge

Mitglied des Europäischen Parlaments

Januar / Februar 2013



Liebe Leserinnen und Leser,

in den vergangenen Tagen und Wochen berichteten zahlreiche Medien, dass die EU-Kommission angeblich plane die Wasserversorgung in Europa zu privatisieren. Dies führte zu großer allgemeiner Verunsicherung und viele Schleswig-Holsteiner/innen sandten mir besorgte Emails und Briefe zu. Die bisherige Berichterstattung gab leider nicht ausreichend den wirklichen Diskussionsstand wieder, sondern verstärkte stattdessen die öffentliche Beunruhigung. Da wurden Vergleiche zu den schlechten Erfahrungen einer Privatisierungswelle beim Wasser bei Kommunen in England und Wales in den 80er Jahren gezogen. Krankheiten, Rohrbrüche und Wasserverluste wären die Folge gewesen. Ich bin der Meinung, dass sich die damalige Situation keinesfalls auf den aktuellen Diskussionsstand auf europäischer Ebene übertragen lässt.

Lassen Sie mich den aktuellen Stand kurz zusammenfassen: Im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments (EP) wurde ein Bericht zu einem Richtlinienvorschlag der Kommission angenommen, der nun die Grundlage für Verhandlungen mit dem Ministerrat sein wird. Betroffen werden nur Kommunen sein, die bereits selbst entschieden haben ihre Stadtwerke - teilweise - zu privatisieren oder zu liberalisieren. Eigenbetriebe bleiben unangetastet, wenn sie zu 100% der Kommune gehören. Nur für den Fall, dass die teilprivatisierten Stadtwerke mehr als 20% ihres Geschäfts außerhalb ihrer eigenen Kommune erbringen, müssen Dienstleistungen künftig - genau so wie öffentliche Aufträge schon bislang - ausgeschrieben werden. Wichtig ist auch zu betonen, dass die neuen Regeln nur für Verträge gelten, die nach dem Inkrafttreten der Richtlinie abgeschlossen werden. Für Stadtwerke mit privater Beteiligung, die zwar im Energiebereich auch außerhalb der eigenen Grenzen Dienstleistungen am Markt anbieten, die Wasserversorgung selbst aber nur für die Kommune erbringen, ist eine Übergangsfrist bis 2020 vorgesehen, um den Stadtwerken Zeit zur gesellschaftsrechtlichen Trennung von Wasser und Energiesektor geben. Es gibt also Lösungen, die binnenmarkt- und gemeinschaftskonform sind.

Für die Abstimmung im Plenum des EPs werden wir CDU/CSU-Abgeordneten Änderungsanträge einbringen und versuchen, Wasser als Teil der Daseinsvorsorge von der Richtlinie auszunehmen. Es gilt jedoch auch, dass sich überregional tätige Stadtwerke mit übergeordneten Engagement und Beteiligungen, im Wasser- und Energiehandel den Wettbewerbs- und Ausschreibungsregeln stellen müssen. Alles andere würde auf Dauer zu Lasten der Verbraucher gehen. Durch zusätzlichen Wettbewerb könnten Milliardensummen an Gebühren eingespart werden.

Ich rufe daher alle Beteiligten auf, die Kirche im Dorf zu lassen und bei dem Thema etwas mehr Gelassenheit und Korrektheit walten zu lassen, zumal EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier auch erste Zugeständnisse gemacht hat. Barnier schlug vor, sogenannte Mehrspartenunternehmen getrennt zu betrachten. Dies würde bedeuten, dass Stadtwerke keine Pflicht zur Ausschreibung hätten, wenn sie bei der Wasserversorgung einen öffentlichen Dienst erfüllen.

Eins darf nicht aus dem Auge gelassen werden: Wasser muss immer und überall in guter Qualität und zu bezahlbaren Preisen bereitgestellt werden. Panikmache, Fehlinformationen und Hysterie helfen da nicht weiter!

Ihr Reimer Böge



Bild 1:

Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach im EP zu den Eckpunkten der Europapolitik. Dem ging ein ausführlicher Gedankenaustausch mit den Europaabgeordneten der CDU/CSU Gruppe voraus.

(Foto: Pressestelle CDU/CSU-Gruppe im EP)

Ausgewählte Themen der letzten Plenartagungen in Straßburg/ Brüssel:

Krankenschwestern

Für Krankenpflegeberufe soll keine 12-jährige Schulausbildung vorgeschrieben werden. Mit großer Mehrheit (32 Ja-Stimmen, vier Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen) sprach sich der Binnenmarktausschuss gegen einen entsprechenden Kommissionsvorschlag aus. Es wurde ein Kompromiss erzielt, der für den Bereich Krankenpflege sowohl zwölf als auch zehn Jahre Schulbildung zulässt. Der Kompromiss (Zwei-Säulenmodell) sieht vor, dass es zwei unterschiedliche Wege der Ausbildung zum Krankenpfleger geben kann: eine akademische und eine berufsschulische Ausbildung. Entscheidend sind die am Ende der Ausbildung erworbenen Kernkompetenzen, die gleich sein müssen. Mit diesem Ausschussvotum ist das von der Kommission vorgeschlagene „Pflegeabitur“ gescheitert und einer der großen Stolpersteine bei der Überarbeitung der Berufsanerkenntnis-Richtlinie ausgeräumt worden. Der deutsche Bundestag hat sich auf Antrag der Regierungskoalition am 19.1.2013 einstimmig dagegen ausgesprochen, dass für Krankenpflege- und Hebammenberufe eine 12-jährige Schulausbildung zur Voraussetzung für eine EU-weite Berufsankennung wird.

Europäisches Semester: Jahreswachstumsbericht 2013

Die Abstimmung der Finanz- und Wirtschaftspolitik innerhalb der EU-Staaten wurde mit der Reform der Euro-Gesetzgebung ("Six-Pack") 2011, an der das Europaparlament als Gesetzgeber beteiligt war, intensiviert. Nun müssen die nationalen Haushaltsentwürfe vorab auf mögliche Verschuldungsrisiken geprüft werden. Die Wirtschaftspolitiken sollen ebenfalls enger verzahnt und im gegenseitigen Austausch optimiert werden.

Das Plenum debattierte die Prognosen und Länder-Empfehlungen der EU-Kommission für 2013. Strittig zwischen den beiden großen Fraktionen EVP und S&D (Sozialdemokraten) sind die Reformauflagen insbesondere für die Euro-Krisenstaaten. Während die EVP die Vorgaben von EU und IWF im Gegenzug für die Kredithilfen verteidigt, fordert die S&D eine Streckung der Sparauflagen. "Jetzt wo die harten Reformanstrengungen erste Früchte tragen, wäre es fatal, den Konsolidierungskurs aufzuweichen. Die Euro-Krise ist nicht vorbei und es darf keine Entwarnung oder einen Rückfall in die Schuldenspirale geben", sagte der Europaabgeordnete Burkhard Balz (CDU). Zur Wirtschaftspolitik gehört auch die Ausgestaltung und Einhaltung des Regelwerks des EU-Binnenmarktes. "Gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle muss auch überall in der Praxis gelten. Es gibt noch zu viele Detailbereiche, wo Mitgliedstaaten mit bürokratischen Hürden den freien Dienstleistungsmarkt empfindlich einschränken. Damit muss Schluss sein, wenn wir die Wettbewerbsfähigkeit Europas ernst meinen", sagte der Binnenmarktexperte Andreas Schwab (CDU).

Alternative Tankstellen

In Europa soll das Tankstellen-Netz für alternative Kraftstoffe ausgebaut werden. Ein von der Kommission vorgelegtes Maßnahmenpaket enthält verbindliche Zielvorgaben für die Mitgliedstaaten hinsichtlich einer Mindestinfrastruktur für saubere Kraftstoffe wie Elektrizität, Wasserstoff, Biokraftstoffe, komprimierte (CNG) und flüssiges (LNG) Erdgas. Vorgaben gibt es auch für EU-weit einheitliche Vorgaben zur technischen Tankstellen-Ausstattung. Bis 2020 sollen z.B. in Deutschland 150.000 (derzeit 2.000) und in Österreich 12.000 (derzeit 500) Ladestationen für Elektrofahrzeuge geschaffen werden. Gemeinsame Standards bei Tankstellen (LNG/CNG/ Wasserstoff) und Ladestationen müssen bis Ende 2015 entwickelt werden.

Für Elektrofahrzeuge hat die Kommission ab sofort die Verwendung des „Typ 2-Stecker“ zur gemeinsamen Norm für ganz Europa erklärt, nachdem sich fast alle EU-Staaten für diesen Typ ausgesprochen haben. Für die Betankung von Schiffen mit dem klimafreundlichen LNG sollen bis 2015 in allen 139 See- und Binnenhäfen ortsfeste oder mobile LNG-Tankstellen vorgehalten werden. Bisher gibt es nur in Schweden für die Seeschifffahrt eine kleine LNG-Bunkeranlage. Für Flüssigerdgas (LKWs) gibt es bislang nur 38 Tankstellen in der EU. Bis 2020 sollen entlang des transeuropäischen Verkehrsnetzes alle 400 km entsprechende Tankstellen eingerichtet werden.

Für Komprimiertes Erdgas CNG - derzeit 0,5 % des Kfz-Gesamtbestands = 1 Million Fahrzeuge – sollen ab 2020 im Abstand von jeweils höchstens 150 km öffentlich zugängliche CNG-Tankstellen zur Verfügung stehen. Mit dem Konzept soll den neuen Antrieben und Kraftstoffen zum Durchbruch verholfen werden, indem das „Henne-Ei-Problem der alternativen Kraftstoffe“ gelöst wird: Es gibt zu wenig Investitionen in eine neue Infrastruktur, weil die nötigen Fahrzeuge fehlen. Entsprechende Fahrzeuge werden nicht gekauft, weil die Infrastruktur fehlt. Die fehlende Nachfrage wiederum reduziert die Bereitschaft in die Entwicklung von umweltfreundlichen Fahrzeugen zu investieren.

Antibiotika-Resistenz

Das Parlament hat Sofortmaßnahmen gegen die steigenden Gefahren von Antibiotika-Resistenz gefordert. Denn durch die Resistenz können Medikamente bei Menschen oder Tieren ihre Wirkung verlieren. In einer Entschließung vom 11.12.2012 wird schnelles Handeln gefordert, weil schon heute durch resistente Bakterien 25.000 Todesfälle in der EU zu beklagen sind. Ein wichtiger Schritt zur Problemlösung ist der umsichtige Einsatz von Antibiotika in der Human- und Veterinärmedizin, Landwirtschaft und Aquakultur. Antimikrobielle Mittel sollten daher nur noch durch beruflich qualifizierte Tierärzte verschrieben werden dürfen, wobei die Berechtigung zur Verschreibung von der Berechtigung zum Verkauf dieser Mittel getrennt werden müsse. Für die Hu-

manmedizin fordern die Abgeordneten, dass antimikrobielle Wirkstoffe rezeptpflichtig werden. Gefordert wird auch eine verstärkte Forschungsförderung, um die die Lücke zwischen steigender Resistenz und der Entwicklung neuer Wirkstoffe zu schließen.

Um einen Sinneswandel beim Einsatz von Antibiotika zu erreichen wird nicht nur eine besserer Aus- und Weiterbildung für Ärzte, Apotheker, Tierärzte und Landwirte sondern auch eine umfassende Informationskampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit vorgeschlagen. In diesem Zusammenhang ist u.a. die Feststellung interessant (wörtlich) „dass einer der häufigsten Gründe für den Einsatz von Antibiotika die Behandlung einfacher Erkältungen ist und dass viel gewonnen wäre, wenn in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein dafür vorhanden wäre, dass es sich bei einer einfachen Erkältung um einen Virusinfekt handelt, mit Antibiotika jedoch lediglich bakterielle Infekte behandelt werden können“.

Rezepte im Ausland

Ärztliche Rezepte sollen im EU-Land leichter eingelöst werden können. Dafür hat die Kommission EU-weit gültige Regeln verabschiedet, die eine ärztliche Verschreibung mindestens enthalten muss, damit sie im EU-Ausland eingelöst werden kann. Die neuen Regeln werden in Form einer Durchführungsrichtlinie erlassen. Jährlich werden in der EU schätzungsweise 2,3 Millionen Verschreibungen ausgestellt, die im Ausland vorgelegt werden. Das entspricht zwar nur 0,02 bis 0,04 % aller Verschreibungen. Für einige Patientengruppen, wie chronisch Kranke oder Patienten in Grenzregionen, spielen sie aber eine wichtige Rolle. Die EU-Länder müssen die neuen Vorgaben bis zum 25. Oktober 2013 umsetzen.

Kreatives Europa

Das neue Kulturprogramm „Kreatives Europa“ findet im Kulturausschuss des Parlaments Zustimmung. Das Programm soll die 2013 auslaufenden Programme Kultur, MEDIA und MEDIA Mundus zusammenführen. Mit einem Budget in Höhe von insgesamt 1,8 Milliarden Euro für den Zeitraum 2014 bis 2020 wird es künftig drei Säulen umfassen: KULTUR, MEDIA und - als neues Element - einen Bürgerschaftsfonds. Mit Hilfe dieses neuen Bürgerschaftsfonds sollen die kleineren und mittleren Unternehmen der Kultur- und Kreativbranche besseren Zugang zu Bankdarlehen erhalten, die ihnen notwendige Innovationen ermöglichen. „Kreatives Europa“ soll allen Zugute kommen, die beim Film, im Bereich Kultur und kulturelles Erbe, in der Musikbranche oder den darstellenden Künsten arbeiten. Deutschland tritt dabei für das Bewahren der Mitspracherechte der einzelnen Mitgliedstaaten ebenso ein wie für die Festlegung eines finanziellen Mindestanteils für jede der drei Programmsäulen. Dabei sollen die Strukturen und wesentlichen Zielsetzungen der einzelnen Säulen erhalten bleiben. Die Verabschiedung des Programms ist für die erste Jahreshälfte 2013 vorgesehen.

Führerschein

Seit dem 19. Januar 2013 werden EU-weit nur noch einheitliche Führerscheine ausgestellt, in Form einer Plastik-Scheckkarte im Standardformat und mit effektiveren Sicherheitsmerkmalen. Die in der EU im Umlauf befindlichen 110 Führerscheinarten bleiben gültig, müssen aber bis 2033 ausgetauscht werden. Ein europäisches Datenaustauschsystem soll Informationen zwischen nationalen Behörden erleichtern, u.a. zur Bekämpfung von Fälschungen und „Führerscheintourismus“. Die neuen Führerscheine für PKW- und Kraftradfahrer müssen je nach Mitgliedstaat alle 10-15 Jahre erneuert werden; in Deutschland und Österreich nach 15 Jahren, aber ohne erneute ärztlichen Untersuchungen oder behördliche Prüfungen. Im Rahmen der Erneuerung werden alle Informationen, Lichtbilder und die Sicherheitsmerkmale auf den Karten auf den aktuellen Stand gebracht. Für Bus- und LKW-Fahrer ist alle 5 Jahre eine Erneuerung sowie eine ärztliche Untersuchung vorgesehen. Die neuen Regeln sehen außerdem vor, dass Fahrer, die in Zukunft starke Krafträder fahren wollen, mindestens 24 Jahre alt sein und Fahrerfahrung auf schwächeren Krafträdern von mindestens 4 Jahren nachweisen müssen. Für Kleinkrafträder wurden zudem Mindest- und Prüfungsanforderungen eingeführt bzw. verschärft.

"Wahrheit und Legenden"

An dieser Stelle werden Themen aufgegriffen, die seitens der Bürger an mich herangetragen wurden und die meiner Meinung nach von allgemeinem Interesse sind.

1.) Will die Kommission wirklich wassersparende Duschköpfe vorschreiben?

Antwort: In den vergangenen Wochen bekam ich zahlreiche Anfragen aus Schleswig-Holstein, ob die Kommission plane, nach der Glühbirne, nun Duschköpfe und wasserführende Geräte zu reglementieren. Leider musste ich mitteilen, dass die EU-Kommission entschieden hat, Duschköpfe, Wasserhähne & Co. in ihren neuen Arbeitsplan aufzunehmen. Sie hat hierzu nicht vom Gesetzgeber den Auftrag zu einer Ausweitung des Einsparpotentials erhalten, sondern ist, gemäß des Komitologieverfahrens, selbstständig tätig geworden.

Bei der Komitologie handelt es sich um ein System von Verwaltungs- und Expertenausschüsse innerhalb der EU. In diesen Ausschüssen macht die Kommission (teilweise gemeinsam mit Vertretern der Mitgliedstaaten) Vorschläge für die Implementierung der Gesetzesvorhaben, die die Mitgliedstaaten bewilligen oder ablehnen können. Aus meiner Sicht ist aus ökologischen und bürokratischen Gründen kein Handlungsbedarf der Kommission bei wasserführenden Geräten gegeben. Die Folgen für Privathaushalte und die Wasserwirtschaft wären erheblich. Zum einen herrscht in den allermeisten Teilen der EU keine Trinkwassernot und zum anderen nützt es den trockenen Teilen der EU weitestgehend nicht, wenn in anderen Teilen der EU Wasser eingespart wird. Wassereinsparung ist in vielen Regionen Deutschlands unnötig oder gar schädlich, da manche Leitungen aufgrund von Bevölkerungsrückgang und bewusstem Umgang mit Wasser bereits jetzt nicht ausreichend durchgespült werden.

Das Europäische Parlament war an dem nun von der Kommission vorgelegten Arbeitsplan (es handelt sich nicht um einen Gesetzesvorschlag) nicht beteiligt und hatte mit den technischen Details der Umsetzung nichts zutun. Eine Rückholung von Gesetzen, wie es die CDU/CSU-Gruppe im EP bei der Glühbirne versucht hat ist schwierig, aber nicht unmöglich.

2.) EU-Beamtengehälter

...mit großer Überraschung habe ich in der Tagesschau gesehen, dass das EU-Parlament entschieden hat die 5 % Steuer auf die EU-Beamtengehälter nicht zu verlängern. Ganz Europa spricht vom Sparen, aber in der EU wird Geld ausgegeben, als ob man das nicht nötig hätte. Dass diese Entscheidung gerade von denen beeinflusst wird, die davon dann auch profitieren, sieht für mich wie ein Selbstbedienungsladen (ohne Kasse) aus. Wie stehen Sie dazu - haben Sie sich ebenfalls für den Wegfall der Steuer ausgesprochen?

Antwort: Vielen Dank für Ihre Mail, die mir die Gelegenheit gibt einige Dinge richtig zu stellen, die ganz bewusst falsch verbreitet werden, um Stimmung zu machen. Ich arbeite seit Jahren im Haushaltsausschuss des EP und u.a. an der Frage der Reform des EU-Beamtenrechts, zu dem auch die Besoldung gehört.

1. Das Europäische Parlament hat keinem Wegfall der Steuer zugestimmt. Bei dieser Steuer handelt es sich um eine je nach Gehaltshöhe gestaffelte Abgabe, die für die höchsten Gehaltsgruppen 5,5% ausmacht. Quer durch alle Gehaltsklassen gerechnet handelt es sich um eine Abgabe in Höhe von 1,9%. Da viele aus der EU-Beamenschaft ein Interesse daran haben, ihre Eigenleistung höher erscheinen zu lassen als sie tatsächlich ist, wird diese Zahl leider NIE richtig gestellt. Diese Abgabe läuft zum Jahresende 2012 automatisch aus. Das wurde 2004 so festgelegt - vom Rat der Mitgliedstaaten und der EU-Kommission, die in dieser Frage nicht als Interessenvertreter der Steuerzahler auftritt sondern als Interessenvertreter der Beschäftigten.

2. Zeitgleich läuft die Art und Weise, wie die Gehaltserhöhungen jährlich berechnet werden aus.

3. Die EU-Kommission hat vor einigen Wochen einen Vorschlag vorgelegt, bei dem die Abgabe zusammen mit dem jetzigen Mechanismus der Gehaltserhöhungen um ein Jahr verlängert wird.

Das haben die (dafür allein zuständigen) Mitgliedstaaten zu Recht abgelehnt. Wäre nur die Abgabe zur Verlängerung vorgeschlagen worden, hätten die Mitgliedstaaten zugestimmt, um das von Ihnen gewünschte Ergebnis - nämlich das weitere Zahlen der Abgabe - zu erreichen. Die Koppelung mit den Gehaltserhöhungen war das Problem. Übrigens kann die Abgabe auch rückwirkend verlangt werden.

4. Das bedeutet: Der Wegfall der Abgabe wird kompensiert durch den Wegfall von Gehaltserhöhungen ab 2013.

Das Ziel der Mitgliedstaaten ist, Druck aufrecht zu erhalten, um die EU-Kommission zu einer Reform des EU-Beamtenrechts überhaupt zu bewegen. Dieses Ziel teile ich voll und ganz.



Bild 2:

Zu einem Arbeitstreffen trafen sich in Brüssel Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) und Reimer Böge (CDU). Thema des Gesprächs waren die Kommissionsvorschläge zur Agrarreform ab 2014, sowie die aktuellen Verhandlungen zum nächsten Mehrjahresfinanzrahmen.

(Foto: Pressestelle CDU/CSU-Gruppe im EP)

Pressemitteilungen:

1.) Forderung nach Bürokratiecheck: Böge begrüßt Ankündigung der Kommission (23.01.2013)

Hervé Jouanjan, Generaldirektor der Generaldirektion Haushalt der EU-Kommission, kündigte heute im Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments einen in Kürze erscheinenden Bericht zu den Bürokratiekosten der im kommenden Finanzrahmen neu zugeschnittenen Programme, z.B. in der Gemeinsamen Agrarpolitik, an.

Der schleswig-holsteinische CDU-Europaabgeordnete Reimer Böge begrüßte diese Ankündigung: "Endlich kommt die Kommission unserer stetigen Forderung nach einem Bürokratiecheck nach. Schon mit unserer Entschließung zum EU Haushalt 2014-2020 vom Oktober letzten Jahres haben wir dieser Forderung Nachdruck verliehen". Nun bleibe es abzuwarten, wie die Kommission den bürokratischen Aufwand der einzelnen neu zugeschnittenen Programme bewerte.

Böge stimmte mit dem Generaldirektor überein, dass Mikromanagement und Machtkämpfe innerhalb und zwischen den Verwaltungsbehörden frühzeitig durch den Rat und das Europäische Parlament zu identifizieren und abzubauen seien. Weiter seien bei den nun anstehenden Verhandlungen zwischen Rat und Parlament beide Institutionen aufgerufen zu gewährleisten, dass keine zusätzlichen administrativen Kosten entstünden. "In Zeiten nationaler Haushaltssanierung kann es nicht sein, dass neue Programme höhere Verwaltungskosten, egal ob auf regionaler, nationaler oder europäischer Ebene, verursachen", so Böge abschließend.



Bild 3:

Im Rahmen des Bürgerforums „Mitreden über Europa“ stellte sich Reimer Böge zusammen mit weiteren Europaabgeordneten von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE im Kieler Rathaus Fragen von über 200 Bürgerinnen und Bürgern.

(Foto: EP-Info Büro Deutschland)

2.) Fischerei: Rückwurfverbot wird ab 2014 stufenweise eingeführt

Mit der großen Mehrheit (502 ja-Stimmen) seiner Mitglieder nahm heute das Europäische Parlament in Straßburg den Bericht für eine Verordnung über die Gemeinsame Fischereipolitik an. Der schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Reimer Böge (CDU) fasste das Abstimmungsergebnis zusammen: "In den wichtigsten Kernpunkten konnten Fortschritte im Sinne einer zukunftsgerichteten, wirtschaftlichen und nachhaltigen Fischereipolitik erzielt werden." So werde ab 2014 in Stufen ein generelles Rückwurfverbot für die EU gelten und bis 2020 die Werte der Wiederauffüllung der Fischbestände über dem Niveau des wissenschaftlich zu ermittelnden höchstmöglichen Dauerertrages (MSY) liegen. In Zukunft sollen alle wieder aufgefüllten Bestände auf diesem Niveau gehalten werden können.

"Ich gratuliere der schleswig-holsteinischen Berichterstatterin Ulrike Rodust (SPD). Mit Engagement und Zähigkeit ist es ihr gelungen die Mehrheit der Abgeordneten hinter ihrem Bericht zu versammeln und eine gute Lösung für die ganze EU zu finden. Dies gilt selbstverständlich auch für Schleswig-Holstein. Auf dieser Grundlage wird es nun Verhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament und den Fischereiministern der Mitgliedstaaten geben", so Böge abschließend.



Bild 4:

Mehlbeuteessen des CDU-Ortsverbands Hemmingstedt. Auf dem Foto von links nach rechts: Hans-Peter Borchard (Ortsvorsitzender), Reimer Böge, Harald Böttger (Kreistagsvorsitzender) und Werner Weiss (CDA).

(Foto: Europabüro Böge, Kiel)

Terminauswahl:

08.01.2013	Treffen mit Staatsminister Link zum Mehrjahresfinanzrahmen, Brüssel
09.01.2013	Sitzung der EVP-Fraktion, Brüssel
10.01.2013	Interview mit Schleswig-Holstein Magazin, Kiel
15.01.2013	Treffen zum Mehrjahresfinanzrahmen mit dem ständigen Vertreter Großbritanniens bei der EU, Sir Jon Cunliffe, Straßburg
15.01.2013	Treffen zum Mehrjahresfinanzrahmen mit dem ständigen Vertreter Frankreichs bei der EU, Herr Phillippe Etienne, Straßburg

16.01.2013	Besuchergruppe Jugendliche aus Schleswig-Holstein und Paris, Straßburg
19.01.2013	Preisüberreichung bei der Deutschen Kaltblutschau 2013, Berlin
21-25.01.2013	Schülerpraktikantin aus dem Katharineum Lübeck, Brüssel
22.01.2013	Treffen deutsch/französischer Abgeordneten anlässlich des Elysee-Vertrages, Brüssel
22.01.2013	Gespräch mit Vertretern des UNHCR zum Mehrjahresfinanzrahmen, Brüssel
22.01.2013	Telefonat mit dem Geschäftsführer der Kutterfisch-Zentrale GmbH, Brüssel
23.01.2013	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
24.01.2013	Sitzung des Landesvorstands der CDU Schleswig-Holstein, Kiel
28.01.2013	Treffen mit Vertretern des Kabinetts des Präsidenten des Europäischen Rates zum Mehrjahresfinanzrahmen, Brüssel
29.01.2013	Gespräch mit Kommissionspräsident Barroso und weiteren der EVP-angehörigen Kommissaren, Brüssel
30.01.2013	EVP-Fraktionssitzung, Brüssel
30.01.2013	Interview mit der Zeitschrift "Der Spiegel", Brüssel
31.01.2013	Bürgerforum Kiel, Ratssaal des Rathauses, Kiel
01.02.2013	Mehlbeutelesen, CDU-Ortsverband Hemmingstedt
05.02.2013	Gespräch mit Haushaltskommissar Lewandowski, Straßburg
05.02.2013	Sitzung der deutschen CDU/CSU-Gruppe mit Kommissar Oettinger, Straßburg
06.02.2013	Aussprache zum Europäischen Rat 7./8.02., Straßburg
06.02.2013	Gespräch mit dem zyprischen Parlamentspräsidenten Omirou, Straßburg
07.02.2013	Telefoninterview MDR Info, Straßburg
11.02.2013	Besuch beim Europäischen Zentrum für Minderheitenfragen (ECMI), Flensburg
11.02.2013	Gemeinsame Sitzung der geschäftsführenden Landesvorstände der CDU und des SSW, Flensburg
14.02.2013	Interview mit "Welle Nord", Quickborn
14.02.2013	Energiepolitischer Dialog bei EON Hanse, Quickborn
15.02.2013	Schülergespräch im Ludwig-Meyn Gymnasium, Uetersen
15.02.2013	CDU-Regionalkonferenz, Neumünster
18.02.2013	Konferenz der Präsidenten mit Hermann van Rompuy, Brüssel
18.02.2013	Gespräch mit Haushaltskommissar Lewandowski, Brüssel
20.02.2013	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
20.02.2013	Gespräch mit dem baden-württembergischen Landwirtschaftsminister Bonde, Brüssel
21.02.2013	Abendveranstaltung der landwirtschaftlichen Vereinigung, Bad Schwartau
22.02.2013	Gespräch mit Mitgliedern des Europaausschuss des SH-Landtages, Kiel
22.02.2013	CDU-Regionalkonferenz/Kandidatenvorstellung, Bargteheide
26.02.2013	Teilnahme an der Sitzung der Landtagsfraktion, Kiel
26.02.2013	Treffen mit der schleswig-holsteinischen Delegation der Deutschen Landjugend, Brüssel
28.02.2013	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
28.02.2013	CDU-Regionalkonferenz/Kandidatenvorstellung, Schleswig

Für weitere Informationen:

<http://www.reimerboege.de>
<http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp>
<http://www.europarl.ep.ec/>

Impressum:
Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:
Peter Steven
Tel: 00322/ 2845326
Fax: 00322/ 2849326
Email: reimer.boege@europarl.europa.eu
Internet: <http://www.reimerboege.de>

Europäisches Parlament
Rue Wiertz - ASP 15 E 169
B - 1047 Brüssel
Tel: 0032-2-2845326
Fax: 0032-2-2849326
Email: rboege@europarl.eu.int

Europabüro Reimer Böge, MdEP
CDU-Landesverband
Sophienblatt 44-46
D - 24114 Kiel
Tel.: 0431-6 60 99 25
Fax: 0431-6 60 99 27
Email: info@reimerboege.de
Internet: www.reimerboege.de